

**Caritas sucht "Glücksengel gegen die Armut" in Österreich  
utl: Startschuss zur diesjährigen Inlandskampagne - Immer mehr Menschen  
stürmen Sozialberatungsstellen der Caritas - Küberl und Landau appellieren an  
Bevölkerung und Politik, Solidarität zu üben**

Wien, 29.10.08 (KAP) Die Caritas bittet im November um verstärkte Unterstützung für Menschen in Not in Österreich. Caritas-Präsident Franz Küberl und der Wiener Caritasdirektor Michael Landau schlugen am Mittwoch in Wien bei einer Pressekonferenz Alarm. Immer mehr Menschen würden österreichweit die Sozialberatungsstellen der Caritas stürmen. Dem steigenden Hilfsbedarf stünden aber sinkende Spendenerträge gegenüber. Landau und Küberl appellierten an die österreichische Bevölkerung, mit armen und von Armut bedrohten Menschen Solidarität zu üben. Zugleich nahmen sie auch die politisch Verantwortlichen in die Pflicht und forderten eine Reihe von strukturellen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. 459.000 Menschen sind nach Caritas-Angaben in Österreich akut arm, weitere 570.000 armutsgefährdet.

Die Pressekonferenz in Wien war der Auftakt der diesjährigen Inlandskampagne der Caritas, die unter dem Motto "Glücksengel gegen die Armut gesucht" steht. Steigende Lebensmittel-, Energie- und Mietkosten würden für immer mehr Menschen zum Problem, so Küberl. Die Caritas biete Hilfesuchenden weiterhin Beratung und suche gemeinsam mit den Betroffenen Auswege aus ihrer Lage. Rasche, direkte und unbürokratische Soforthilfen, etwa Mietzuschüsse, Lebensmittelgutscheine oder auch das Übernehmen einer Stromrechnung seien derzeit aber vielfach nicht mehr möglich. Küberl: "Wir stehen als Caritas vor dem Dilemma, dass die tatsächlichen und gefühlten Teuerungen auch die Spenden für die Soforthilfe heuer bisher um zehn Prozent zurückgehen lassen".

Der Caritas-Präsident forderte von der Politik, "die bedarfsorientierte Mindestsicherung eher gestern als morgen einzuführen, um den Sozialstaat Österreich armutsfester zu machen". Konkret nannte Küberl drei Punkte: Ersten müssten die Bundesländer das ausverhandelte Modell zur Mindestsicherung in ihrem Gebiet rasch umsetzen. Zweitens müsse der Bund Arbeitslosengeld und Notstandshilfe anheben. Drittens solle ein bundesweit einheitlicher, ausreichender Heizkostenzuschuss den Menschen die Angst vor dem Winter nehmen. Konkret forderte Küberl einen Zuschuss in der Höhe von rund 210 Euro.

Mit seinen Forderungen nach einem speziellen Konjunkturpaket für die sozial Schwächsten im Land schlug der Wiener Caritasdirektor Landau in die gleiche Kerbe. Das Paket müsse zum einen eine bedarfsorientiert Mindest- und Existenzsicherung beinhalten, zweitens Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, worunter Landau vor allem Wohnraumsanierungen verstand. Drittens brauche es spezielle Sozialtarife der Energieanbieter für einkommensschwache Haushalte. Diese Maßnahme sollte notfalls auch unentgeltlich bereitgestellte Energie beinhalten, so der Caritasdirektor.

Als weitere dringende Maßnahme bekräftigte Landau einmal mehr die Einführung der Spendenabsetzbarkeit. "Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden ist immer wieder versprochen worden. Die künftige Regierung ist hier gefordert. Sie muss endlich die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Spendenabsetzbarkeit schaffen". Das uneigennützig Engagement der Österreicher müsse auch von dieser Seite her anerkannt werden. Landau: "Es geht um die Förderung der Solidarität in unserer Gesellschaft". Im internationalen Vergleich gehöre Österreich zu den Schlusslichtern bei der Spendenabsetzbarkeit. Für den Wiener Caritasdirektor ein "beschämender Zustand".

**Presseaussendung Kathpress  
APA OTS  
29.10.2008**

Das Geld für all diese Maßnahmen sei durchaus vorhanden, so Küberl und Landau übereinstimmend. Es brauche zur Umsetzung bloß den politischen Willen. Küberl verwies auf das 100-Milliarden-Rettungspaket der Bundesregierung für die Banken. Mit nur einem Prozent dieser Summe könne schon ungeheuer viel gegen Armut in Österreich unternommen werden. (forts.)